



# DSdD

Der Stand der Dinge im Februar 2018

Online-Magazin

FB-I Fleher Bürger - Interessengemeinschaft



Kapitel 1

---

# DSdD

Der Stand der Dinge im Februar 2018

---



# Offener Brief an die Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten

## INHALTSVERZEICHNIS

---

1. Koalitionsverhandlungen in Berlin: Düsseldorfer Initiativen melden sich in Sachen Lärmschutz mit einem Offenen Brief zu Wort und stießen auf offene Ohren

### **1.1. LÄRMSCHUTZ: OFFENER BRIEF DER FLEHER BÜRGER-INTERESSENGEMEINSCHAFT/FB-I UND DERKOOPERATIONSGEMEINSCHAFT STAUFREIER SÜDRING/SFS AN DIE DÜSSELDORFER BUNDESTAGSABGEORDNETEN THOMAS JARZOMBKE/CDU UND ANDREAS RIMKUS/SPD**

Wenngleich die Koalitionsverhandlungen in Berlin als ergebnisoffen betrachtet werden müssen, richteten die Initiativen vorsorglich am 30.01.2018 ihr Anliegen an beide MdB, die u.a. dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur angehören.

Es folgt der Offene Brief und die bezugnehmenden Reaktionen aus Berlin:

Betr. die für die abgelaufene Legislatur im Koalitionsvertrag vereinbarte lärmschutzbezogene Neuregelung, wonach das Gesamtlärmaufkommen als Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen heranzuziehen ist, blieb aus.

Sehr geehrter Herr Jarzombek,

sehr geehrter Herr Rimkus,

im Koalitionsvertrag für die Legislatur 2013/17 vereinbarten CDU/CSU und SPD, dass der Gesamtlärm von Straße und Schiene, etc. nicht mehr separat, sondern gemeinsam als Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen herangezogen werden muss. Diese vertragliche Vereinbarung wurde leider nicht umgesetzt.

Wir ersuchen Sie höflich um Unterstützung, dass die zuständigen Verhandler im neuen Koalitionsvertrag die nachträgliche Umsetzung der bereits ausgehandelten Regelung für diese Legislatur verbindlich vereinbaren.

Wie dringend erforderlich die Umsetzung dieser Vereinbarung für die Politik vor Ort ist, wurde bereits vor einem Jahr im städt. Ausschuss für Umweltschutz deutlich:

Am 09/02/17 stellte die CDU-Ratsfraktion einen Antrag, wonach der Ausschuss für Umweltschutz der Landeshauptstadt Düsseldorf an die Adresse der Bundesregierung die Forderung erhebt, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Gesamtlärm von Straße und Schiene als Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen heranzuziehen.

Im Antrag wurde auf die bezugnehmende Vereinbarung im GroKo-Koalitionsvertrag hingewiesen.

In der Antragsbegründung hieß es u.a., bisher werden die einzelnen Lärm-Emittenten (z. B. Schiene und Straße) separat voneinander behandelt.

Um die jeweilige Belastung realistisch bewerten zu können, ist es notwendig, grundsätzlich alle Lärmquellen zu erfassen.

Beschlussfassung: Der Ausschuss für Umweltschutz beauftragt mit den Stimmen der Ampel-Kooperation und der CDU die Verwaltung, diese Initiative in die zuständigen Gremien des Deutschen Städtetages einzubringen und dort dafür zu werben, sowie gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen.

Ausführlichere Angaben finden Sie unter [www.fb-i-web.de](http://www.fb-i-web.de) Menüpunkt "DSdD/Der Stand der Dinge" in der Februarausgabe 2017 im vierten Beitrag.

DSdD: Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: Am 30/01 benachrichtigte der 1. Vorsitzende vom städt. Ausschuss für Umweltschutz Philipp Tacer/SPD die FB-I und SFS, dass MdB Andreas Rimkus telefonisch die Weiterleitung des Initiativenanliegens an die zuständigen Verhandler der SPD zugesagt hatte. Herr Rimkus wünscht ebenfalls die Umsetzung der in Rede stehenden Neuregelung in dieser Legislatur und begrüßt die im Offenen Brief vorgetragene Forderung.

MdB Thomas Jarzombek meldete sich ebenfalls am gleichen Tag mit einer persönlich verfassten Email-Nachricht bei den Initiativen. Der CDU-Politiker unterstützt das im Offenen Brief vorgetragene Anliegen, dass er genauso bedeutsam, wie SFS und FB-I erachtet.

Er sagte die Weiterleitung an die CDU-Verhandler verbindlich zu. Allerdings sei es schon recht spät.

SFS/FB-I: Es ist tatsächlich schon recht spät. Auch wir wurden von der Nachricht am 29/01 überrascht, dass CDU/CSU und SPD am 02/02 die Koalitionsverhandlungen beenden werden.

Das beide Politiker so rasch und unterstützungsbereit reagieren, freut uns sehr. Jetzt bleibt zu wünschen, dass ihr Einsatz im Koalitionsvertrag sichtbar wird.

### INHALTSVERZEICHNIS

---

2.Unbefriedigend: Einmal mehr enttäuschte das Amt für Verkehrsmanagement die Mitglieder des Ordnungs- und Verkehrsausschuss/OVA mit fachlich unplausibelen Südring-Stellungnahmen

#### 2. SÜDRINGANWOHNER WIDERSPRECHEN DEN TEMPO 50-STELLUNGNAHMEN DER VERWALTUNG

Am 10.01.2018 informierte die Verwaltung die Mitglieder im Ordnungs- und Verkehrsausschuss/OVA über die Ergebnisse der Testphase mit Südring Tempo 50, wonach keine Verbesserungen festgestellt werden konnten.

Weil innerorts 50 km/h die Regelgeschwindigkeit darstellt, wird Im Zuge der Signalschaltungsanpassung dann 50 km/h von der Münchener bis zur Völklinger Straße gelten.

Die Kooperationsgemeinschaft Staufreier Südring/SFS ist verärgert, weil die widersprüchlichen Angaben Irritationen auslösen und dafür sorgen könnten, dass sich die Autofahrer gegängelt fühlen.

Die Verwaltung vermittelt den fachlich völlig haltlosen Eindruck, dass die VerkehrsteilnehmerInnen mit Tempo 50 noch länger brauchen, um ihr Ziel zu erreichen, was Untersuchungen zufolge nicht der Fall ist.

die Testphase, wie sie von der Politik mit überwältigender Mehrheit im Auftrag gegeben wurde, fand bis heute nicht statt.

2017 wandte sich die Kooperationsgemeinschaft mit sechs Offenen Briefen an den Ordnungs- und Verkehrsausschuss/OVA und informierte über die Pannen und Versäumnisse, hier zwei Beispiele:

... Die 50 km/h-Ausschilderung wurde nur im östl. Teilstück des Südrings und nicht auf dem Südring vorgenommen. Das machte die Untersuchungen des Fahrzeugdurchsatz mit Südring Tempo 50 unmöglich ...

... Im 50 km/h-Teilstück blieben die Signalschaltungen unverändert auf 60 km/h programmiert. In Folge dessen fuhren dort die VerkehrsteilnehmerInnen mehrheitlich schneller, damit sie die Grünphase nicht verpassen.

Somit war es u.a. nicht möglich, die Unterschiede der Emissionsbelastungen bei 50/60 km/h zu untersuchen.

Wenn sich die Verwaltung auf die Südringtestphase bezieht, muss sie auch die Ursachen für das intransparente Zustandekommen der Ergebnisse offenlegen.

Für die SFS steht fest: Die Untersuchungsergebnisse bieten keine seriöse Grundlage für weiterführende Entscheidungen. Es liegen auch keine Kenntniskewinne vor, die auf andere vergleichbare prekäre Stellen der Stadt übertragbar wären. Dabei war es das Amt für Verkehrsmanagement, dass der Politik den Antrag für Südring Tempo 50 empfohlen hatte, doch der Reihe nach:

1. Mai 2016

Die SFS händigt Ratsherrn Stefan Wiedon/CDU ein Südring-Positionspapier aus, in dem Rechtsanwalt Norbert Schrader/Wuppertal das Anliegen der Initiative auf Überprüfung der Ermessensausübung für Südring Tempo 60 umfänglich begründet, RA Schrader:

Auf dem Südring ist abweichend von der Straßenverkehrsordnung eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h angeordnet worden. Diese Anordnung einer Ausnahme bedarf der Begründung und Rechtfertigung.

Wenn bei den Ermessenserwägungen kein Übergewicht zugunsten einer höheren Geschwindigkeitsanordnung besteht, hat diese Anordnung zu unterbleiben.

Herr Wiedon erklärte sich bereit die Verwaltung um Erläuterung zu bitten, wie bei der Gesamtabwägung der

betroffenen Rechtsgüter (Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs, Lärmschutzinteressen der Anwohner, Haushaltsinteressen der betroffenen Kommune) ein Übergewicht für Tempo 60 gerichtsfest begründet werden kann.

2. Sep. 2016: Die Verwaltung ging nicht auf die SFS zu, sondern auf die Politik

Der damalige Verkehrsdezernent Dr. Stephan Keller informiert Verkehrspolitiker, dass auf dem Südring mit 50 ein höherer Fahrzeugdurchsatz erreicht werden kann, als mit 60 km/h. Er empfahl, dass der Ordnungs- und Verkehrsausschuss/OVA einen entsprechenden Auftrag an die Verwaltung beschließt.

3. 26.10.2016: Mit großer Mehrheit beauftragt der OVA die Verwaltung mit der Durchführung einer 12monatigen Südring-Testphase mit Tempo 50.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion Andreas Hartnigk präzisierte bei der Aussprache die von der Politik erwarteten Kenntniskewinne, wie z.B.: Wie wirkt sich 50 im Vergleich zu 60 km/h auf den Fahrzeugdurchsatz und auf das Gesamtemissionsaufkommen aus.

4. 15.03.2017: Die Verwaltung hatte für diesen Tag den Beginn der Testphase angekündigt. Der Versuch wurde bereits im September abgebrochen.

5. 26.04.2017: Verkehrsdezernentin Cornelia Zuschke reagierte im OVA auf eine CDU-Anfrage, die in Verbindung mit der laut gewordenen Kritik an der Testphasendurchführung stand.

Frau Zuschke führte aus, dass die Politik die erforderlichen Mittel für die Umprogrammierung der Lichtsignalanlagen/LSA nicht bereit gestellt habe und die LSA-Umprogrammierung an der Völklinger Str. sehr kompliziert sei.

SFS: Möglicher Weise war Dezernentin Zuschke nicht bekannt, dass die Verwaltung der Politik den Südringantrag empfohlen hatte. Allerdings ist nicht erkennbar, warum die Verwaltung die erforderlichen Mittel weder am 26.10.2016, noch im Vorfeld des 15.03.2017 thematisiert hatte. Gleiches gilt auch für die komplizierte LSA-Umprogrammierung an der Völklinger Straße.

Deshalb, vermutet die SFS, soll die Regelgeschwindigkeit nur bis zur Völklinger Straße gelten, womit das Amt 66 nach wie vor am konfliktträchtigen Kurs der anfechtbaren Entscheidungen festhalten würde.

Hilfreicher wäre es, wenn die Stadt für die komplizierte Anpassung der Signalanlage an der Völklinger Straße nach Lösungen sucht, wobei sie sich von Experten unterstützen lassen könnte.

Die Themenlupe bezieht Stellung: Bereits 2011 wies die Kooperationsgemeinschaft Staufreier Südring/SFS das Amt für Verkehrsmanagement/Amt 66 auf die Regelgeschwindigkeit von 50 km/h auf innerörtlichen Straßen hin.

Davon wollte niemand etwas im Amt 66 hören. Statt dessen erklärte die Verwaltung, beim Südring handelt es sich um eine Straße von überörtlicher Bedeutung, da könne man weder 10, noch 50 km/h anordnen.

Im Sommer 2017 erhielt die neue Verwaltungsspitze von der SFS das von Rechtsanwalt Norbert Schrader/Wuppertal verfasste Südring-Positionspapier. Darin widerlegte RA Schrader u.a. die zuvor erwähnte Darstellung der Verwaltung, wonach westl. der Völklinger Str. auf der B326/Südring Tempo 50 nicht gelten soll, Zitat:

"Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster schließt weder die Verkehrsfunktion einer Straße als Bundesstraße selbst noch der Umstand, dass die beklagte Lärmbelästigung durch die funktionsgerechte Nutzung der Straße ausgelöst wird, die Anordnung verkehrsrechtlicher Maßnahmen von vorne herein aus" - Zitat Ende.

Die Verwaltung brauchte sage und schreibe sieben Jahre, bis das sie die Regelgeschwindigkeit in Verbindung mit dem Südring brachte.

Wenn die Verwaltung erklärt, dass Tempo 50 zukünftig von der Münchener bis zur Völklinger Str. gelten wird, säet sie erneut Zwietracht: Alle südringnahen Straßen im Ortsteil Hamm werden in der städtischen Straßenlärnkarte mit 24 Stunden-Lärmpegeln ausgewiesen, die die Grenzwerte nicht nur erreichen, sondern überschreiten.

Die SFS dürfte sicherlich nicht noch ein Mal sieben Jahre warten, bis das bei der Verwaltung der Groschen fällt, zur Erinnerung:

Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster schließt weder die Verkehrsfunktion einer Straße als Bundesstraße selbst noch der Umstand, dass die beklagte Lärmbelästigung durch die funktionsgerechte Nutzung der Straße ausgelöst wird, die Anordnung verkehrsrechtlicher Maßnahmen von vorne herein aus.

# Fleher Straße bekommt, Behindertenparkplatz zurück

## INHALTSVERZEICHNIS

---

**3. Fleher Straße: Im Sommer 2016 verschwand der Behinderten-Parkplatz vor dem Aachener Platz, jetzt kehrt er zurück**

**3. VOR 18 MONATEN MUSSTE EIN BEHINDERTENPARKPLATZ DEN PLATZ FÜR EINE ELEKTROLADESTATION RÄUMEN, BEZIRKSBÜRGERMEISTER WALTER SCHMIDT/CDU HOLTE DEN STELLPLATZ ZURÜCK**

Tatort Fleher Straße: Das Düsseldorfer Amt für Verkehrsmanagement richtete an Stelle des Behindertenstellplatz im Sommer 2016 eine Ladestation für Elektrofahrzeuge ein.

Im Spätherbst 2017 berichtete die FB-I Bezirksbürgermeister Walter Schmidt, dass der Behindertenparkplatz immer noch nicht zurückgegeben wurde. Der CDU-Politiker kümmerte sich um diese Angelegenheit und hatte Erfolg: Seit Januar 2018 haben nun auch wieder schwerbehinderte Fahrzeughalter die Möglichkeit von diesem Angebot Gebrauch zu machen, FB-I:

Ein großes Dankeschön an Walter Schmidt und an die Stadtverwaltung. Wenngleich es sich bei der wenig nachgefragten Elektromobilität und den Schwerbehinderten, die einen Anspruch auf einen entsprechenden Stellplatz erheben dürfen um Randgruppen handelt muss das nicht bedeuten, dass eine Randgruppe die andere verdrängen muss. Vielmehr, dass beweist das Engagement von Herrn Schmidt, können soziale Kompetenz und technischer Fortschritt am Straßenrand sehr wohl ihren Platz finden.

Das ging für politische und für behördliche Verhältnisse richtig fix, lobt die Interessengemeinschaft die Beteiligten, zumal eine SPD-Politikerin der FB-I im September 2017 resigniert mitteilte, dass sie an eine Stellplatz-Rückgabe nicht glaubt.



# Gesprächstermine mit der Ratsfraktionen

## INHALTSVERZEICHNIS

---

**4. Erneut verschoben: Der verkehrspolitische Termin mit der Kooperationsgemeinschaft Staufreier Südring und der CDU-Ratsfraktion fand nicht statt**

### 4. DIE GRIPPEWELLE SPÜLTE DAS TREFFEN VON CDU UND SFS VON DER TAGESORDNUNG

DSdD berichtete bereits mehrfach über die Anregungen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verkehrsabwicklung, worüber die SFS mit den Ratsfraktionen einen Gedankenaustausch führen möchte.

Der erste Termin fand am 08/12/17 mit den Fachpolitikern Anja Vorspel und Nicki Blanchard, beide von DIE LINKE statt.

Alle TeilnehmerInnen sprachen von einem guten Termin, bei dem auch neue Sichtweisen und Argumente ausgetauscht wurden.

Nachdem im Dezember ein Vorbereitungstermin mit den Fachreferenten der CDU-Ratsfraktion stattfand, musste der Termin mit den Politikern am 25/01 aus Krankheitsgründen kurzfristig abgesagt werden.

Wann der Termin nachgeholt werden kann, steht aktuell noch nicht fest.

Fest steht, dass Sie DSdD auf dem Laufenden hält, sobald es der Stand der Dinge zulässt.

# Online-Magazin

DSdD - Der Stand der Dinge im Januar 2018

---

## Verwandte Glossarbegriffe

Zugehörige Begriffe hierher ziehen

---

**Index**

Begriff suchen